

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 24. März 2025
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

M 234 Motion Schärli Stephan und Mit. über die Etablierung einer Finanzierung zertifizierter Hospize im Kanton Luzern / Gesundheits- und Sozialdepartement

Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung als Postulat.
Stephan Schärli hält an seiner Motion fest.

Stephan Schärli: Ich beginne mit einer Geschichte: Eine junge Frau, ich nenne sie Susanne, der Name ist zwar frei erfunden, aber die Geschichte ist alltäglich und ereignet sich immer wieder. Susanne hat vier Kinder, der jüngste Sohn ist 3-jährig, sie ist verheiratet und lebt auf einem Bauernhof. An einem schönen Montagmorgen erhält sie bei einer generellen Untersuchung die Diagnose Krebs. Sie macht die Chemotherapie mit, wird zu einem palliativen Fall, kommt ins Spital und wird danach zu Hause palliativ betreut. Die Schmerzen werden immer schlimmer. Jede Nacht verbringt sie auf dem Sofa und beisst in ein Kissen, um die Schmerzen überhaupt zu ertragen. Sie kann weder ihre Kinder noch ihren Mann ertragen, es ist schrecklich. Eine solche Patientin gehört in ein Hospiz und soll dort betreut werden. Ich arbeite seit 30 Jahren im Notfallbereich. Solche Geschichten sind alltäglich und wir hören sie immer wieder. Ich möchte mit drei Punkten die Wichtigkeit meiner Motion aufzeigen. Entgegen der Aussage des Gesundheits- und Sozialdepartements (GSD) ist es tatsächlich eine Preisfrage, ob eine solche Patientin im Spital ist oder ob sie in ein Hospiz kann. Im Spital ist sie für eine intensive Betreuung qualifiziert, da sie eine starke Schmerztherapie und Unterstützung benötigt, damit sie überhaupt schlafen kann. Es ist wichtig, moderne Möglichkeiten nutzen und diese Personen entsprechend betreuen zu können. Wenn dazu ein Hospiz nötig ist, müssen sie ein solches auch aufsuchen können. Zudem müssen wir den Druck gegenüber dem Bund aufrechterhalten. Die Gesundheits- und Sozialdirektorin hat im Rahmen einer anderen Anfrage erklärt, dass es wichtig ist, über diese Themen zu sprechen. Unabhängig davon, wie Sie im Anschluss abstimmen, ist es mir extrem wichtig, über dieses Thema sprechen zu können. Anthony Hopkins sagte, dass das Leben spannend ist und keiner lebend rauskommt. Der Tod geht uns also alle an. Es ist wichtig, dass wir alle die Möglichkeit und das Recht haben, das Leben würdevoll verlassen zu dürfen. Ich halte an der Motion fest. Das Leben und der Tod gehen uns alle an. Wenn es um unsere Familie und unsere Angehörigen geht und uns einmal selber betrifft ist es wichtig, dass wir schmerzfrei und würdevoll sterben dürfen, auch wenn es in einem Hospiz sein muss.

Pia Engler: Der Motionär fordert ein Finanzierungsmodell für ausschliesslich zertifizierte Hospize. Die SP-Fraktion steht klar hinter dem Anliegen, dass Menschen die mit einer Krankheit konfrontiert und im Endstation sind und ihre Angehörigen eine menschenwürdige und fachlich hoch qualifizierte Begleitung erhalten. Stephan Schärli hat dies in seinem

Beispiel aufgezeigt. Das Hospiz ist aus unserer Sicht jedoch eines von verschiedenen spezialisierten Palliativ-Care-Angeboten in Luzern. Dazu gehören zum Beispiel Viva Eichhof Palliativ oder die mobilen Palliative-Care-Teams der Spitex. Auch im Spital und in Pflegeheimen finden spezialisierte Palliativarbeit und -begleitung statt. Die Mehrheit der SP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung als Postulat zu. Eine Minderheit stimmt der Erheblicherklärung als Motion zu. Aus unserer Sicht sind eine ganzheitliche Betrachtung und die ausreichende Finanzierung der verschiedenen Palliativ-Care-Angebote notwendig, sowie es auch vorgängig in der Anfrage A 243 besprochen wurde. Die Wahl des Palliativ-Angebots darf nicht zur Frage werden, ob man es sich leisten kann. Die entsprechenden Leistungen sollen für alle Menschen erreichbar sein, unabhängig vom sozioökonomischen Status. Deshalb muss sich der Kanton nun um die Finanzierung der Lücken in der Palliativ Care kümmern. Die Kosten der Hotellerie und vor allem der Betreuung im Hospiz als auch im Eichhof beispielsweise sind heute von den Patientinnen und Patienten selbst zu finanzieren. Insbesondere die Betreuungsarbeit, welche Sterbebegleitung und soziale, psychologische und spirituelle Unterstützung beinhaltet, ist sehr ressourcenintensiv und bedarf geschultem und spezialisiertem Personal. Das ist teuer. Diese Betreuungskosten werden heute von den Institutionen teils quer finanziert oder mittels Spenden teilfinanziert. Für die SP besteht hier besonders Handlungsbedarf und diese Finanzierungslücke muss für die Betroffenen geschlossen werden. Das GSD stellt in Aussicht, die Lücken in der Palliativversorgung zeitnah anzugehen und hat ein Finanzierungsmodell für die Spezialversorgung erarbeitet. Die Vernehmlassung beginnt in diesen Tagen. Wir hoffen sehr, dass auch Verbesserungen für die Hospize beinhaltet sind. Dennoch schreibt die Regierung, dass es nun am Bund ist, die verschiedenen Fragen zur Finanzierung zu klären. Sie schreibt, dass sich die voreilige kantonale Sonderlösung zur Finanzierung des Hospizes nachteilig auf die Schaffung einer gesamtschweizerischen einheitlichen Lösung im Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) auswirken könnte. Das tönt fast so, wer den ersten Schritt macht, hat verloren. Das ist für uns keine zufriedenstellende Antwort auf ein wichtiges Anliegen, das aus unserer Gesellschaft kommt. Im Planungsbericht Gesundheitsversorgung schreibt die Regierung denn auch, dass auf Stufe Bund aktuell eine Motion hängig und es offen ist, ob und wann mit einer entsprechenden Lösung gerechnet werden kann. Es braucht Qualitätsanforderungen. Es braucht Klarheit darüber, welche Leistungen und welche Qualität angeboten werden sollen. Hier muss der Kanton mehr Verantwortung und Führung übernehmen.

Carlo Piani: Hospize wie das Hospiz Zentralschweiz leisten einen unverzichtbaren Beitrag in der spezialisierten Palliativ Care. Wir möchten dem Team des Hospiz Zentralschweiz ausdrücklich für seine Arbeit danken. Das Team begleitet Menschen in einer anspruchsvollen Lebensphase mit grosser Würde und Fachkompetenz. Aus Sicht der Mitte-Fraktion ist es wichtig, dass der Regierungsrat eine gesamtschweizerische Lösung abwarten will. Die Finanzierung der spezialisierten Palliative Care ist komplex. Es braucht daher eine faire und koordinierte Lösung für alle Anbieter: Für die Spitäler, die mobile Versorgung, die Pflegeheime und auch für die Hospize. Nur so schaffen wir Gerechtigkeit im System. Mit der angenommenen EFAS-Vorlage (Einheitliche Finanzierung der Leistungen) wird sich die Finanzierung ohnehin stark verändern. Wir erwarten, dass sich der Kanton dafür einsetzt, dass dabei auch die Hospize berücksichtigt werden. Aus Sicht einer Mehrheit der Mitte-Fraktion ist die Erheblicherklärung als Postulat deshalb der richtige Weg. Es braucht kein schnelles Handeln, sondern eine saubere Einbettung in die nationale Entwicklung. Wir danken allen beteiligten Fachpersonen für die sorgfältige Aufarbeitung der Faktenlage. Eine Mehrheit der Mitte-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung als Postulat zu.

Jasmin Ursprung: Ein Hospiz leistet dort wichtige Dienstleistungen im Gesundheitsbereich,

wo Heime oder Spitäler an ihre Grenzen kommen können. In Pflegeheimen kennt man das System, dass die Aufenthaltstaxen durch die Bewohnenden bezahlt werden und die Pflegedienstleistungen teils durch die Bewohnenden, teils durch den Staat (Restfinanzierung) und teils durch die Versicherungen. Hier gibt es keine zeitliche Begrenzung des Aufenthalts. In Spitälern wird alles über den Kanton beziehungsweise die Krankenkassen übernommen, vorbehaltlich dem Selbstbehalt und der Franchise. Hier ergibt sich in der Regel durch die Fallpauschalen eine zeitliche Begrenzung des Aufenthaltes. Da Menschen in einem Hospiz unterschiedlich lange bleiben können, rechnen Hospize nach dem System der Pflegeheime ab. Trotzdem passt dieses System nicht. Bewohnende eines Hospizes benötigen in der Regel eine viel höhere Pflegebetreuung als Bewohnende eines Heims. Trotzdem ist in der Pflegefinanzierung nur eine Pflegevergütung bis zur BESA-Stufe 12 (Bewohnenden-Einstufungs- und Abrechnungssystem) möglich. Dies führt bei den Hospizen zu Defiziten. Defizite, die in der Regel über Spendengelder gedeckt werden müssen. Auch wenn die Aufenthaltskosten der verstorbenen Patienten nicht mehr bezahlt werden könnten, bleiben diese Kosten beim Hospiz und das Defizit vergrössert sich. Aus diesen Gründen passt das heutige Abrechnungssystem nicht zum Hospiz. Idealerweise sollte eine passende nationale Lösung gefunden, an der sich auch die Krankenkassen verhältnismässig höher beteiligen würden. Bis jetzt wurde jedoch noch keine fixe nationale Lösung gefunden. Deshalb sollte gehandelt werden. Aus diesem Grund spricht sich die Mehrheit der SVP-Fraktion für die Erheblicherklärung als Motion aus.

Hannes Koch: Die palliativmedizinische und pflegerische Versorgung im Kanton Luzern wird durch das Luzerner Kantonsspital (LUKS), die Hirslanden Klinik, Hospize, Pflegeheime und die Spitex geleistet. Sie leisten einen zentralen Beitrag zu einem würdigen Leben in der letzten Lebensphase. Stephan Schärli hat die Geschichte der an Krebs und Schmerzen leidenden Susanne sehr gut ausgeführt und sich dabei direkt auf die Hospize bezogen. Das kann eine Lösung sein für Susanne. Es kann aber auch sein, dass es eine andere Lösung gibt, und das muss individuell geprüft werden. Schmerztherapien können unter verschiedenen Umständen umgesetzt werden. Mir geht es nicht darum, Dienstleistungen gegeneinander auszuspielen, sondern vielmehr darauf hinzuweisen, dass die Finanzierungen der verschiedenen spezialisierten Palliativ-Care-Dienste, ob ambulant oder stationär, stärker sind. Der Motionär liefert direkt einen Vorschlag für die Finanzierungen von zertifizierten Hospizen. Die spezialisierte Palliativ Care ist unterfinanziert, im stationären wie im ambulanten Setting. Damit für die gesamte Bevölkerung des Kantons Luzern eine spezialisierte Palliativ Care zur Verfügung steht, ist die Finanzierungslücke zu schliessen. Die Grüne Fraktion erachtet es als richtig, dass der spezialisierte ambulante Palliativ-Care-Dienst Palliativ Plus weiter ausgebaut wird, um damit eine wichtige Versorgungslücke zu schliessen. Wir sind auch der Meinung, dass das Hospiz dabei eine wichtige Institution bleiben wird und auch diese Finanzierung geprüft werden muss. Das Hospiz Zentralschweiz mit seinen sechs Plätzen muss sein Angebot in einer gleich hohen Qualität anbieten können, wie alle spezialisierten Palliativ-Care-Dienste. Wir vertreten die Meinung, dass die spezialisierten Palliativ-Care-Dienste ihre Dienste in einer hohen Leistung zu erbringen haben, was seinen Preis hat. Aus dieser Sicht ist dazu aber nicht zwingend eine Zertifizierung notwendig. Vielmehr muss der Kanton im Rahmen der Planung der Versorgung und Betriebsbewilligung deklarieren, welche Qualitätsanforderungen verlangt sind. Das kann auch eine Zertifizierung sein, entsprechende nationale Bestrebungen dazu sind im Gang. Wir teilen die Auffassung der Regierung, dass es für eine angemessene rechtsgleiche Finanzierung der Palliativ Care zwingend eine nationale Lösung braucht. Dabei muss auch die Frage der Zertifizierung geklärt werden. Wir sehen den Bedarf einer Überprüfung und Anpassung der Finanzierung der spezialisierten mobilen

Palliativ-Care-Dienste in Luzern. Ich erlaube mir dabei nochmals auf Palliativ Plus hinzuweisen. Es ist eine gesamtschweizerische einheitliche Lösung zur Finanzierung nötig. Die Grüne Fraktion stimmt daher der Erheblicherklärung als Postulat zu.

Claudia Huser: Seit 15 Jahren schieben wir diese heisse Kartoffel zwischen Bund und Kanton hin und her. Pia Engler hat es treffend gesagt: Es macht den Anschein, dass derjenige verliert, der die Kartoffel zuerst in die Hand nimmt. Ich habe die Motion mit grosser Überzeugung unterschrieben, denn es muss endlich etwas geschehen. Die Welt hat sich auch in den letzten 15 Jahren gedreht und unsere Gesellschaft verändert sich. Das Hospiz Zentralschweiz leistet einen immer wichtigeren und sehr guten Job, um nur eine Institution zu nennen. Die Stellungnahme der Regierung ist doch sehr bürokratisch ausgefallen, auch in Bezug auf die Gewinnaufteilung und das Vermögen. Am 25. Februar 2025 hat sich aber auf Bundesebene tatsächlich etwas getan. Nicht nur die nationalrätliche, sondern auch die ständerätliche Kommission hat mit 10 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen beschlossen, dass die Finanzierung geklärt werden muss. Die staatspolitische Kommission des Nationalrates (SPK-N) arbeitet zurzeit den entsprechenden Gesetzesentwurf aus. Wir haben es schwarz aus weiss. Deshalb darf die heisse Kartoffel nicht nochmals 15 Jahre hin und her geschoben werden. Ich habe die Gesundheits- und Sozialdirektorin so verstanden, dass das ebenfalls nicht ihr Ziel ist. Es bringt deshalb nichts, doppelte Strukturen zu schaffen. Schlussendlich muss das Vorgehen effizient sein. Mit der Meldung aus Bern und der Erheblicherklärung als Postulat sind wir auf dem richtigen und effizienten Weg. Daher stimmt die GLP-Fraktion der Erheblicherklärung als Postulat zu.

Jacqueline Theiler: Hospize spielen eine zentrale Rolle in der spezialisierten Palliativversorgung. Sie bieten eine würdevolle Betreuung am Lebensende und leisten eine medizinische, psychologische, soziale und spirituelle Unterstützung. Dennoch sind die Hospize finanziell benachteiligt. Ihre Finanzierung ist im Vergleich zu den Spitälern nicht gleichwertig geregelt. Deshalb ist es auch der FDP-Fraktion ein grosses Anliegen, die Finanzierung der Palliativ Care so rasch wie möglich zu klären. Es ist uns aber auch ein Anliegen, eine Lösung für die gesamte Versorgungskette zu finden und keine neuen Ungleichbehandlungen zu schaffen. Der Regierungsrat verweist zu Recht auf diesen Punkt sowie auf die hängige Motion in Bundesbern. Weil die Umsetzung der Motion zu lange dauert, haben die Kommissionen beider Räte der parlamentarischen Initiative zugestimmt, um mehr Druck zu machen. Die Kommission des Ständerates schreibt am 26. Februar 2025: «Die Finanzierung von Palliativ-Care-Leistungen muss rasch geklärt werden. Die Kommission hat daher einer parlamentarischen Initiative zugestimmt, welche die Verankerung der Palliativ Care im KVG verlangt. Die Nationalratskommission wird nun eine entsprechende Gesetzesvorlage entwerfen.» Aufgrund dieser aktuellen Ereignisse auf Bundesebene schliessen wir uns dem Regierungsrat an und stimmen der Erheblicherklärung als Postulat zu, um eine Insellösung zu vermeiden.

Karin Andrea Stadelmann: Ich spreche im Namen einer Minderheit der Mitte-Fraktion und plädiere für die Erheblicherklärung als Motion. Ich danke Claudia Huser für Ihre Ausführungen in Bezug auf die Entwicklung auf nationaler Ebene. 2003, 2011, 2015, 2019 und 2024: Endlich geht jetzt etwas auf nationaler Ebene. Wenn das Hospiz Zentralschweiz so lange gewartet hätte, hätten wir kein solches Haus wie heute. Ich lege offen, dass ich seit Beginn 2014 dabei war, als wir Gelder gesucht und wir das Haus geöffnet haben. Das war eine sehr schwierige Aufgabe. Ich durfte diesen Samstag unter anderem mit Regierungsrätin Michaela Tschuor das 5-jährige Jubiläum des Hospiz Zentralschweiz feiern. Diese Institution und ihre Mitarbeitenden leisten Immenses für alle Personen am Lebensende. Es ist aber nicht so einfach. Stephan Schärli hat das Fallbeispiel von Susanne ausgeführt. Bei Susanne ist es so:

Sie ist nicht an einem Ort zu Hause, wo die Begleitung und Betreuung auch mit einer spezialisierten mobilen Palliativ Care gewährleistet werden kann. Im Spital ist sie aber auch nicht am richtigen Ort, denn sie braucht keine spitalärztliche Versorgung. Sie benötigt eine psychosoziale und bei Bedarf medizinische Versorgung. In einem solchen Fall braucht es also das Hospiz. Das Hospiz schliesst eine Versorgungslücke und kämpft nicht nur bei uns, sondern in allen Kantonen schon sehr lange für die Finanzierung seiner Strukturen. Deshalb kann ich die Motion aus vollem Herzen unterstützen. Mit der Erheblicherklärung als Motion kann ein Zeichen gesetzt werden.

Thomas Alois Hodel: Ich habe das Hospiz besucht und kann nur sagen, dass dort super Arbeit geleistet wird. Dem widerspricht auch niemand. Für mich sprechen drei Gründe dafür, die Motion zu überweisen. Erstens, der Mensch. Für den Menschen ist es sicher besser, an einem solchen Ort sterben zu können als im Spital. Zweitens, die finanzielle Sicht. Wenn jemand im Spital die entsprechende Pflege benötigt, kostet das ungefähr 2500 Franken pro Tag. Das Hospiz ist deutlich günstiger. Der dritte Grund ist die Belastung beim LUKS. Diese Ressourcen könnten anderweitig genutzt werden. Deshalb ist wäre es gut, eine solche Institution mit einem professionellen Angebot finanziell zu unterstützen.

Hannes Koch: Ich lege meine Interessen offen, ich gehöre der Leitung Dachorganisation Palliativ Plus an. Es braucht Hospize, das ist keine Frage. Aber wir dürfen heute keine Insellösung schaffen. Deshalb ist die Erheblicherklärung als Postulat richtig. Ich bin nicht gegen das Hospiz, im Gegenteil, aber für eine sichere und saubere Finanzierung der spezialisierten Palliativ-Care-Dienste, ob ambulant oder stationär.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschuor.

Michaela Tschuor: Nicht gegen das Hospiz, sondern für das Hospiz und die Palliativversorgung, das ist auch das Anliegen unseres Rates. Am Samstag feierte das Hospiz Zentralschweiz sein 5-jähriges Jubiläum und es war mir eine grosse Ehre und Freude, dass wir diesen Abend gemeinsam gebührend feiern und die letzten Jahre miteinander reflektieren konnten. Ich bin an diesem Abend wie auch in den vergangenen Tagen oft auf die Motion und die Antwort der Regierung angesprochen worden. Sie bewegt. Es ist richtig, dass das Thema bewegt. Deshalb möchte ich kurz die Haltung des Regierungsrates ausführen und die ich teilweise auch von Ihrem Rat gehört habe. Diese Motion, welche übrigens auch in anderen Zentralschweizer Kantonen eingereicht wurde, ermöglicht es endlich eine Zentralschweizer Diskussion zu führen, um eine gemeinsame Haltung zu entwickeln und eine gemeinsame Strategie zu verfolgen. Und wenn ich gemeinsam sage, dann meine ich damit nicht nur die Zentralschweizer Kantone, sondern alle Leistungserbringer im Bereich der Palliativversorgung inklusive Hospize. Mit war es wichtig, diese Haltung auch mit Sibylle Jean-Petit-Matile zu besprechen. Auch sie teilt diese Haltung. Es ist mir auch im Namen der Regierung wichtig zu betonen, dass es nicht gegen das Hospiz geht, im Gegenteil. Das Hospiz Zentralschweiz leistet einen enorm wertvollen Beitrag in der Versorgung von sterbenden Menschen. Wenn Sie noch nicht im Hospiz waren, dann empfehle ich Ihnen einen Besuch dort. Es ist sehr eindrücklich. Lebensende und Lebensanfang haben übrigens etwas gemeinsam: Mit 100-prozentiger Wahrscheinlichkeit sind wir alle davon betroffen. Beide Lebensphasen, Lebensanfang und Lebensende, sind intensiv in der Begleitung und leider nicht gut finanziert. Wie sieht die aktuelle Situation der Hospize in der Schweiz und im Kanton Luzern aus? Wie die Zuständigkeiten geregelt sind im Bereich der Palliativ Care, haben wir heute bereits gehört. Der Kanton Luzern verfügt über zwei spezialisierte Palliativ-Angebote: Das Hospiz Zentralschweiz und das Pflegeheim Viva Eichhof. Leider gibt es noch keine schweizweit anerkannte Hospizzertifizierung, also ein Label. Ich wurde aber in Kenntnis gesetzt, dass an einem solchen schweizweiten Label von Palliativ.ch gearbeitet wird.

Ich würde das sehr begrüßen. Die Finanzierung der Hospize erfolgt im Kanton Luzern vielfach entsprechend einem Pflegeheim. Dass dieses Konstrukt den Hospizen nicht gerecht wird, haben wir heute auch gehört. Aber auch das Konstrukt auf der Spitalliste würde die Unterfinanzierung nicht decken. Die Finanzierung wird heute durch die Krankenkassen und die Restfinanzierer, sprich die Gemeinden, sichergestellt. Wir sind von einer Deckung weit entfernt. Dennoch steht die Regierung dem Anliegen der Motion nach einer kantonalen Finanzierung der Hospize ablehnend gegenüber. Weshalb stützt der Regierung die Motion nicht? Unser Rat ist überzeugt, dass es eine national einheitliche Lösung braucht, die auf Bundesebene weitergeführt werden muss. Ungern kritisiere ich die andere Staatsebene, aber ich erlaube mir hier doch folgende Bemerkung: Es dauert einfach zu lange in Bern. Offensichtlich stand das Anliegen der Palliative Care nicht auf der Prioritätenliste des zuständigen Departementes. Wie von Claudia Huser erklärt, ist aus diesem Grund erst kürzlich die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates (SGK-S) eingeschritten und hat mit 10 zu 0 Stimmen der parlamentarischen Initiative zugestimmt, mit der man dem Bund den Auftrag gibt, bei der Verankerung der Palliative Care im KVG vorwärts zu machen. Ich hoffe sehr, dass auch die nationalrätliche Kommission diesem Druck folgt und weiterarbeitet. Ich lasse mich gerne positiv überraschen. Im Moment sehe ich zumindest ein kleines Licht am Ende des Tunnels. Wir müssen den Druck auf den Bund aufrechterhalten. Hier braucht es eine gemeinsame Strategie sämtlicher Zentralschweizer Kantone, denn gerade mit Blick auf EFAS bietet sich die optimale Chance, die Hospize abzudecken. Hier braucht es eine grundlegende Etablierung im KVG. Das heisst, keine Einzellösungen und den Druck auf den Bund wenn immer möglich hochzuhalten. Gehen die Kantone Einzellösungen an, dann glaube ich, dass sich der Bund zurückzieht mit dem Argument, dass die Kantone bereits gehandelt hätten. Das darf nicht passieren. Dennoch hat unser Rat auch beschlossen, dass nur auf den Bund zu warten keine Lösung sein darf. Aus diesem Grund wird im Rahmen des Planungsberichts Langzeitpflege 2026–2035 ein Finanzierungsmodell «Spezialversorgung» ausgearbeitet. Ein Modell, was im palliativen Versorgungsbereich aber auch in der Gerontopsychiatrie Möglichkeiten bieten soll, eine Finanzierung über den gesamten Behandlungspfad sicherzustellen. Auch die Hospize werden von dieser Spezialfinanzierung profitieren können. Bis wir das umgesetzt haben hoffe ich schwer – und hier nochmals mein Wink an den Bund –, dass er dann endlich bereit ist. Unser Ziel ist das gleiche, der Weg mag vielleicht ein anderer sein. Ich bitte Sie, den Weg unseres Rats zu stützen und der Erheblicherklärung als Postulat zuzustimmen.

Der Rat erklärt die Motion mit 67 zu 43 Stimmen als Postulat erheblich.